

## Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament  
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)  
www.gruene-europa.de



### Schwerpunkthemen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Juni 2011

1. Juni 2011

#### LKW-Maut: Die "Eurovignette"

Bericht Saïd El Khadraoui  
(S&D, Belgien)

#### "Erhebung von Gebühren für schwere Nutzfahrzeuge"

Debatte und Abstimmung  
am Dienstag, 7. Juni

**Michael Cramer, MdEP**  
Büro +33 3 881 75779

**Hintergrund:** Am Dienstag wird das Europäische Parlament über eine Überarbeitung der Maut für schwere Nutzfahrzeuge - die so genannte "Eurovignette III" - debattieren. Schon 2008 hatte die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt, die Maut auch über das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T) hinaus anzuwenden und bei der Ermittlung der Höhe externe Kosten wie Umwelt-, Lärm- oder Staukosten nach dem Verursacherprinzip einzubeziehen. Erst Ende 2010 gelang es der belgischen Ratspräsidentschaft, wieder Bewegung in das Gesetzgebungsverfahren zu bringen. Im Mai 2011 gab es dann eine Einigung auf einen stark abgeschwächten Kompromiss. Dieser erlaubt den Mitgliedstaaten die Anrechnung eng definierter externer Kosten für Luftverschmutzung, Stau und Lärm und muss nun von Parlament und Rat angenommen werden.

**Grüne Position:** Der Beschluss zur Eurovignette III kann als Fallstudie dienen, wie der Rat einer wirksamen europäischen Verkehrspolitik den Todesstoß versetzt. Einmal mehr hat die LKW-Lobby ihren Einfluss geltend gemacht und mit Hilfe zahlreicher Mitgliedstaaten den ursprünglichen EP-Vorschlag fast bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Auf den ersten Blick ist es zwar positiv, dass die Anrechnung externer Kosten erstmals als Prinzip in der europäischen Gesetzgebung verankert wird. Leider bleibt sie aber in der derzeitigen Ausgestaltung nur ein symbolischer Akt, denn eine Anrechnung in angemessener Höhe wird nicht ermöglicht. Die Kommission wird in der Einigung aufgefordert, in Zukunft über die Umsetzung der Eurovignette in den Mitgliedstaaten Bericht zu erstatten und Vorschläge zu unterbreiten, wie auch Unfall- und Klimakosten einberechnet werden können. Nur wenn dies auch erfolgt, ist diese schwache Einigung wenigstens ein kleiner Schritt in Richtung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Verkehrsträgern.

#### EU-Russland-Gipfel

Erklärung der Hohen  
Vertreterin für Außen- und  
Sicherheitspolitik

mit Resolution

**Hintergrund:** Beim EU-Russland-Gipfel am 9./10. Juni in Nischni Nowgorod geht es im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem um den WTO-Beitritt Russlands und die G8-Zusammenarbeit. Weitere Punkte sind die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), die Partnerschaft für Modernisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die bevorstehenden Wahlen sowie

## Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament  
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)  
www.gruene-europa.de



Debatte und Abstimmung  
am Mittwoch, 8. Juni

**Werner Schulz MdEP**  
Büro +33 3 881 75399

die engere Kooperation in regionalen Fragen, etwa beim Transnistrienkonflikt.

**Grüne Position:** Während beim letzten Gipfel im Dezember in ökonomischen Fragen Fortschritte erzielt wurden, gab es weder bei den Menschenrechten noch in außenpolitischen Fragen wie Transnistrien substantielle Ergebnisse. Angesichts der bevorstehenden Wahlen in Russland muss die EU jetzt klare rechtsstaatliche Bedingungen für die Zulassung von Parteien, den gleichberechtigten Zugang zu Medien und einen ungehinderten Wahlkampf einfordern, ebenso wie eine frühzeitige internationale Wahlbeobachtung. Fortschritte bei der Partnerschaft für Modernisierung wird es nur durch eine bessere Kooperation mit der Zivilgesellschaft geben. Daher plädieren die Grünen für eine Einbeziehung des im März gegründeten Zivilgesellschaftlichen Forums EU-Russland in künftige Gipfeltreffen. In Sachen Menschenrechten müssen die Fälle Khordokovsky und Magnitzky beispielhaft angesprochen werden. Eine verbesserte Kooperation im Falle Transnistriens könnte zum Test für eine engere außenpolitische Zusammenarbeit werden.

## Europäischer Haushalt

**Bericht Salvador Garriga  
Polledo (EVP, Spanien)**

*"Investitionen in die Zukunft: ein  
neuer mehrjähriger  
Finanzrahmen für ein  
wettbewerbsfähiges,  
nachhaltiges und integratives  
Europa"*

Debatte am Mittwoch, 8. Juni

Abstimmung am Donnerstag, 9.  
Juni

**Helga Trüpel MdEP**  
Büro +33 3 881 75399

**Hintergrund:** Der SURE-Ausschuss (Sonderausschusses zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013) wurde eingerichtet, um die Prioritäten des Parlaments für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2013 festzulegen, bevor die EU-Kommission ihre Vorschläge Ende Juni vorstellt. Im Bericht über den EU-Haushaltsrahmen nach 2013 hat der Ausschuss sehr deutlich gemacht, dass ein Einfrieren oder gar eine Kürzung des EU-Haushaltes für die Zeit nach 2013 außer Frage steht, ebenso wie der Vorschlag einiger Mitgliedstaaten, die zukünftigen EU-Haushalte auf 1 % des Bruttoinlandseinkommens zu begrenzen. Der Ausschuss fordert ein wirksames Eigenmittel-System zur Finanzierung der EU-Haushalte.

**Grüne Position:** Die Grünen fordern eine nachhaltige Haushaltspolitik durch ein wirksames System von Eigenmitteln, wie der Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer, einer Kerosinabgabe oder einer CO2-Steuer. Der Streit über die nationalen Beiträge zum EU-Budget muss beigelegt werden. Die Grünen fordern neue Investitionen, um die europäische Wirtschaft zukunftsorientiert zu machen, z.B. in neue Energienetze, erneuerbare Energien und Altbausanierung, um die Klima- und Energieziele der EU zu erreichen, in Wissensgesellschaft, in Forschung und Entwicklung und in Innovation und Bildung, um jungen Menschen mehr Zukunftschancen zu geben und den Gründergeist hin zu einer kohlenstoffarmen

## Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Wirtschaft zu befördern. So kann der EU-Haushalt dazu beitragen, die angestrebten Ziele schneller und effektiver zu erreichen, und zugleich die Ausgaben der Mitgliedstaaten reduzieren.

### Europäischer Haftbefehl

#### Mündliche Anfrage an die Europäische Kommission

Debatte am Mittwoch, 8. Juni

**Jan Philipp Albrecht MdEP**  
+33 3 881 75060

**Hintergrund:** Es gibt klare Beweise dafür, dass der Europäische Haftbefehl von einigen Mitgliedstaaten unverhältnismäßig eingesetzt wird - und dass dabei menschliche und finanzielle Kosten kaum berücksichtigt werden.

**Grüne Position:** Aus Grüner Sicht müssen gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Missbrauch vorzubeugen. Die Grüne Europafraktion ist außerdem davon überzeugt, dass die teils sehr schlechten Haftbedingungen in vielen Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Haftbefehls angegangen werden müssen. Ebenso problematisch ist der derzeitige Zustand, nach dem Bürger, die innerhalb des Schengenraums reisen, festgenommen werden, obwohl ein Europäischer Haftbefehl zuvor abgelehnt wurde.

### Schengen-Beitritt von Bulgarien und Rumänien

#### Bericht Carlos Coelho (EVP, Portugal)

#### "Anwendung des Schengen-Besitzstands in Bulgarien und Rumänien"

Debatte am Dienstag, 7. Juni

Abstimmung am Mittwoch, 8. Juni

**Ska Keller MdEP**  
Büro +33 3 881 75379

**Hintergrund:** Bei ihrem EU-Beitritt 2007 haben Rumänien und Bulgarien den Schengen-Besitzstand übernommen. Gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Beitrittsakte muss vor dem vollständigen Beitritt zum Schengenraum gewährleistet werden, dass die Voraussetzungen im Bereich Datenschutz, Schengen-Informationssystem, Luft-, Land- und Seegrenzen, polizeiliche Zusammenarbeit und Visa erfüllt werden. Am 2. Mai hat der Innenausschuss des Parlaments über den Bericht zum Schengenbeitritt der beiden Staaten beschlossen, dass sie alle Voraussetzungen erfüllen, um 2011 volle Mitglieder des Schengenraums zu werden. Das exakte Datum muss der Rat unter Anhörung des Parlaments einstimmig festlegen.

**Grüne Position:** Die Grünen sind dafür, dass die umfassende Teilnahme der beiden Staaten am Schengenraum so bald wie möglich stattfindet, da sie alle Kriterien erfüllen. Der Beitritt stieß auf Widerstand aus Frankreich und Deutschland. Offiziell wurde dieser mit Mängeln in der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität begründet. Inoffiziell spielte allerdings auch die Migration von Roma eine Rolle. Diese Bereiche stellen aber keine Voraussetzungen für den Schengenbeitritt dar. Daher ist es aus Grüner Sicht sehr wichtig, dass das Parlament ein klares Votum für den Beitritt gibt und so klarstellt, dass es keine Doppelstandards gibt und die Voraussetzungen zum Beitritt nicht im laufenden Verfahren geändert werden dürfen.

## Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament  
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)  
[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)



### Stresstests für Atomkraftwerke

#### Erklärung der Kommission

Donnerstag, 9. Juni

**Rebecca Harms MdEP**  
+33 3 881 75695

**Hintergrund:** In der vergangenen Woche hat sich die Europäische Kommission mit den Europäischen Atomaufsichtsbehörden (ENSREG) auf die Ausgestaltung der Stresstests für europäische Atomkraftwerke geeinigt. Im Straßburger Plenum muss sich die Kommission nun zu der erzielten Einigung erklären.

**Grüne Position:** Der erzielte Kompromiss ist schwach und bleibt weit hinter den Forderungen zurück, die Kommissar Oettinger zu Beginn der Debatte selbst vorgebracht hatte. So sollen technische Probleme, wie Störanfälligkeit im Betrieb oder die Abnutzung und Alterung von Reaktoren, ganz außen vor bleiben. Zur Frage der Gefahren terroristischer Anschläge gab es keine Lösung. Sie wird nun von einer Arbeitsgruppe der Mitgliedstaaten noch einmal separat beraten. Die Tests bleiben freiwillig und es ist weiterhin vollkommen unklar, was eigentlich passieren soll, wenn die Tests zu einem negativen Ergebnis führen. All dies gibt wenig Hoffnung, dass die Stresstests am Ende mehr sein werden als eine fadenscheinige Legitimation für das Festhalten an der Hochrisikotechnologie Atomkraft.

Mit den besten Grüßen,

#### **Helmut Weixler**

Pressesprecher  
Fraktion Die Grünen/EFA  
Mobil: +32 475-67 13 40  
E-Mail: [Helmut.Weixler@europarl.europa.eu](mailto:Helmut.Weixler@europarl.europa.eu)

#### **Paul Maximilian Alex**

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Europagruppe GRÜNE  
Mobil: +32 495 40 23 28  
E-Mail: [paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu](mailto:paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu)